

Gartensiedlung am Stadtrand

Die Bürgergemeinde Chur plant den Bau von 96 Mietwohnungen zuunterst im Rheinquartier. Mit dem 40-Millionen-Franken-Projekt möchte sie erschwinglichen Wohnraum für Familien schaffen. Mit dem Bau könnte bereits 2017 begonnen werden.

von Dario Morandi

Andreas Brunold ist zufrieden. Denn der Churer Bürgermeister kann jetzt bauen. Das Wort «jetzt» ist in diesem Fall vielleicht ein bisschen vorschnell gewählt. Bis die Baumaschinen an der Austrasse auffahren können, wird es sicher noch mehr als ein Jahr dauern. Wovon die Rede ist? Vom rund 40 Millionen Franken schweren Wohnbauprojekt, das die Bürgergemeinde unweit der bestehenden Schrebergärten beim ehemaligen Gaswerk plant.

Nur geringe Abweichungen

Zumindest den ersten Meilenstein hat das Projekt aber bereits passiert. Es ist der Ideenwettbewerb, zu dem die Bürgergemeinde sieben Churer Architekturbüros eingeladen hat. Und die haben allesamt einen guten Job gemacht, wie Architekt und Fachpreisrichter Peter Suter gestern vor den Medien sagte. Es habe bei den Arbeiten nur geringe Abweichungen vom Wettbewerbsprogramm gegeben. Die Jury habe deshalb keine Projektidee von der Beurteilung ausschliessen müssen. Überzeugt hat die Fachleute schliesslich das Projekt «Vier Jahreszeiten». Es stammt aus dem Büro Bearth & Deplazes Architekten AG.

Als Reihenhaus gebaut

Wie Projektverfasser Valentin Bearth sagte, setzt sich «Vier Jahreszeiten» aus zwölf Mehrfamilienhäusern zusammen. Die dreistöckigen, mit einem zusätzlichen Attikageschoss ausgestatteten Gebäude werden gemäss den Projektskizzen in Form eines Reihenhauses hochgezogen. Sie bilden auf dem 230 Meter langen Grundstück mit 50 Meter Bautiefe zwischen Autobahn und Austrasse eine Art Riegel. Vorgelagert, in Richtung Austrasse, ist dabei eine hofartige Gartenanlage geplant, die als Treffpunkt für die Be-



So schaut die Gartensiedlung aus: Architekt Valentin Bearth (links) und Bürgermeister Andreas Brunold schauen sich das Neubaumodell an.

Bild Theo Gstöhl

wohnerinnen und Bewohner der verkehrsfreien Siedlung dient. Gemäss Bearths Worten wird wegen der benachbarten Autobahn ein besonderes Augenmerk auf den Lärmschutz gelegt. Die Schallimmissionen würden «durch eine leistungsfähige Fenster-

verglasung von den Innenräumen ferngehalten», heisst es dazu in den Projektunterlagen.

Preiswerte Familien-Wohnungen

Konkret baut die Bürgergemeinde auf dem ehemaligen, inzwischen von Altlasten befreiten Schrebergartenareal 96 Mietwohnungen. 24 davon als 3,5-, 60 als 4,5- und 12 als 5,5-Zimmer-Wohnungen mit 106 Quadratmetern Wohnfläche. In den Attikageschossen sind es wegen der Ausnutzungsbeschränkung in der W3-Wohnzone 93 Quadratmeter. Nach Fertigstellung der Gartensiedlung werden demnach weitere 300 bis 400 Personen im Rheinquartier leben. In der Überbauung

würden aber keine Luxus- oder Eigentumswohnungen entstehen, stellte Bürgermeister Brunold vorsorglich klar. «Was wir bauen wollen, sind attraktive Mietwohnungen zu erschwinglichen Preisen, vor allem für Familien.» Und damit meint Brunold Wohnungen, die unter 2000 Franken pro Monat zu haben sind.

Sieben Büros nahmen teil

Mit von der Partie am Ideenwettbewerb waren neben den Siegern des Wettbewerbs, Bearth & Deplazes, die Architekturbüros Conradin Clavuot, Domenig Architekten, Giubbini Architekten, Fanzun AG, Maurus Frei sowie Ritter Schumacher AG.

Nach Fertigstellung werden weitere 300 bis 400 Personen im Churer Rheinquartier leben.

Neuer Krach zwischen BDP und SVP

Zwei Bewerber buhlen um einen Sitz im Bündner Kantonsgericht: Fortunat Wolf und Davide Pedrotti. Jetzt fliegen zwischen SVP und BDP plötzlich die Fetzen.

von Olivier Berger

Ausser bei den Direktbetroffenen sorgen Wahlen ins Bündner Kantonsgericht normalerweise nicht für erhöhten Pulsschlag: Meist ist der Anspruch einer bestimmten Partei auf ein allfällig freies Mandat unbestritten und der jeweilige Bewerber wird vom Kantonsparlament mehr oder minder ehrenvoll durchgewunken. Eigentlich wäre das auch im kommenden Donnerstag so abgelaufen; dann nämlich wählt der Grosse Rat die Kantonsrichter für die nächsten vier Jahre.

Happige Vorwürfe hin und her

Jetzt machen BDP und SVP die Richterwahl unerwartet spannend. Der Grund: Die beiden Parteien bezichtigten sich gegenseitig, die Unwahrheit zu sagen.

Die SVP warnt in einer Medienmitteilung von gestern vor «Manipulationsversuchen» der einstigen Weggefährten.

Die BDP kontert: Sie habe sich nichts zuschulden kommen lassen. In einer eigenen Mitteilung beteuert

sie gar ausdrücklich, sie respektiere den Anspruch der SVP auf die Richterstelle.

Aber hübsch der Reihe nach. Politisch erhebt die SVP tatsächlich Anspruch auf den fraglichen Sitz im Kantonsgericht; dies wird noch nicht einmal von der BDP bestritten. Um die Richterstelle bewarben sich in der Folge zwei Interessenten: der SVP-Mann Fortunat Wolf und der Parteilose Davide Pedrotti. An ihrer Delegiertenversammlung in Bergün entschied sich die BDP denn auch einstimmig für Pedrotti.

Die BDP winkt ab

Dass man mit diesem Entscheid der SVP am Zeug habe flicken wollen, bestritt BDP-Fraktionschef Gian Michael. «Beide Kandidaten wurden von der SVP ins Spiel gebracht», erklärte er gestern auf Anfrage. Pedrotti habe die BDP-Fraktion «bei Weitem mehr überzeugt» als sein Antipode Wolf. Deshalb habe man sich letztlich denn auch für den Italienischbündner entschieden, so Michael. «Partei-politik hat dabei überhaupt keine Rolle gespielt.»

Just das bezweifelt die SVP. Davon, dass beide Bewerber von seiner Partei lanciert worden seien, könne keine Rede sein, betonte SVP-Fraktionschef Jan Koch gestern. Ganz im Gegenteil: «Wir haben der BDP und allen anderen Parteien frühzeitig mitgeteilt, wie unser internes Auswahlverfahren verläuft. Und wir haben die anderen Fraktionen schon vergangene Woche darüber informiert, dass unser einziger Kandidat Fortunat Wolf ist.»

Koch legt Beweise vor

Für seine Aussagen legte Koch flugs Beweise vor. Tatsächlich hat er den Präsidenten der übrigen Fraktionen im Grossen Rat bereits am Donnerstag vergangener Woche mitgeteilt, dass sich die SVP für Wolf entschieden habe. Neben fachlichen Gründen für die Entscheidung betont Koch in seinem E-Mail auch die Parteizugehörigkeit des offiziellen SVP-Bewerbers.

Das fehlende SVP-Parteibuch sei für die BDP kein Grund gewesen, sich gegen Pedrotti zu entscheiden, erklärte Michael gestern. «Herr Pedrotti hat

uns gegenüber angekündigt, er werde der SVP beitreten.» Koch wiederum erklärte, Pedrotti habe von Anfang an signalisiert, er werde notfalls wild kandidieren, wenn ihn die SVP nicht offiziell nominiere.

Mehr Gelder für Tourismus in Klosters

Ein Systemwechsel bei der Tourismusfinanzierung soll Klosters mehr Mittel einbringen. Jetzt ist das neue Gesetz reif für die Volksabstimmung.

Im zweiten Anlauf hat der Klosterser Gemeinderat das neue Gesetz über Gäste- und Tourismustaxen einstimmig genehmigt. Die inhaltsreiche Vorlage, die am Donnerstagabend beraten wurde, umfasste insgesamt rund 50 Seiten. Mit der neuen Verordnung will die Gemeinde Klosters Zusatzeinnahmen für den Tourismus generieren (Ausgabe vom Montag).

Den Kernpunkt der Neuregelung zur Tourismusfinanzierung bildet die Einführung von Jahrespauschalen. Im Gegensatz zur ersten Behandlung der Vorlage im Oktober 2015 – damals erfolgte eine Rückweisung zur Überarbeitung –, sei bei der neuerlichen Beratung eine ausführliche Debatte im Gemeinderat unterblieben. Die Notwendigkeit für ein neues Gesetz sei unbestritten gewesen, teilte die Gemeinde Klosters gestern weiter mit.

Das neue Tourismusgesetz, über welches Ende November das Stimmmolk entscheidet, betrifft auch die Zweitwohnungsbesitzer. Sie würden einen Grossteil jener Zusatzeinnahmen bezahlen, die sich Klosters verspricht. Karl Boxler, der eine Internet-Informationsplattform für die Klosterser Zweitwohneigentümer betreibt, machte gestern seinem Unmut in einem Rundschreiben Luft. Es sei eine «herbe Enttäuschung», Klosters habe eine Chance für eine «moderate Tourismusförderung vertan».

Weg frei für ein Ärztezentrum

Mit elf zu zwei Stimmen genehmigte die Klosterser Legislative die Realisierung eines Ärztezentrums inklusive betreuter Alterswohnungen (Ausgabe vom 13. August). Der Bau wird von der Klosterser Firma Thomas Steinmann AG finanziert. Ihr tritt die Gemeinde dafür Land im Baurecht ab. (béz)

KORRIGENDA

Paterlini wars, nicht Cavegn

Das Projekt Schneesportzentrum Lenzerheide hat an der Delegiertenversammlung der CVP Graubünden in St. Moritz nicht Grossrat Remo Cavegn vorgestellt, sondern Grossrat Romano Paterlini. Die Redaktion entschuldigt sich für diesen Fehler in der Ausgabe von gestern. (fh)

INSERAT

Komitee «AHV-Initiative NEIN», Postfach 381, 7001 Chur

«Die AHV-Initiative gefährdet unsere Altersvorsorge.»

 Heinz Brand Nationalrat SVP Klosters-Serneus	 Duri Campell Nationalrat BDP Cinuos-chel	 Martin Candinas Nationalrat CVP Rabius	 Martin Schmid Ständerat FDP Chur
---	---	---	---

25. September
www.ahv-initiative-nein.ch

Teure NEIN
AHV-Initiative